



In Bedrängnis: Polens Premierministerin Beata Szydło gerät immer stärker unter Druck von den europäischen Partnern. Die Regierung in Warschau hat einige Gesetze eingeführt, die Brüssel alarmiert haben.

Foto: Radek Pietruszka, dpa

Brüssel verliert die Geduld mit Polen

Verfahren Die EU-Kommission verschärft die Gangart im Streit um fragwürdige neue Gesetze. Doch ein Mann könnte alle Drohungen zunichtemachen

VON DETLEF DREWES

Brüssel Noch ist die Atmosphäre nicht so vergiftet, dass eine Einigung undenkbar wäre. Aber der gestrige Beschluss der Europäischen Kommission, Polens Regierung in Form einer schriftlichen Stellungnahme zu rüffeln, gewinnt sein Gewicht auch nicht durch das zu erwartende Schreiben. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte führt die Brüsseler EU-Kommission ein Verfahren gegen einen Mitgliedstaat wegen Verstoßes gegen die Rechtsstaatlichkeit.

Nach der ersten Phase, in der die neue Warschauer Regierungschefin Beata Szydło sich zu den Vorwürfen äußern durfte und dies auch vor dem Europäischen Parlament getan hat, folgt nun Phase zwei: Kommissions-Vize Frans Timmermans, der für Grundrechte in der EU zuständig ist, wird nicht mehr wie bisher Briefe nach Warschau schicken, sondern eine förmliche Stellungnahme, in der die mutmaßlichen Vergehen aufgelistet und eine Änderung der Gesetze verlangt werden. Das könnte Beata Szydło nur noch abwenden, indem sie innerhalb von 14 Tagen ihrerseits Korrekturen an den einschlägigen Regierungsvorhaben verspricht.

Dabei geht es zum einen um die Demontage des Verfassungsgerichtes, dessen Entscheidungen künftig nur noch gelten sollen, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit (bisher genügt eine einfache Mehrheit) verabschiedet werden. Außerdem wurden

missliebige Richter in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Auch die polnische Mediengesetzgebung wurde gerügt. Sie unterstellt dem Finanzminister alle öffentlich-rechtlichen Medien und gibt ihm das Recht zur Absetzung und Berufung der Führungspositionen.

Timmermans hatte noch am späten Dienstagabend mit Szydło telefoniert und seinen Schritt angekündigt. Die Premierministerin wiederum betonte ihre Bereitschaft, mit Brüssel zusammenzuarbeiten. Doch

Kommentar VON DETLEF DREWES
»dr@augsburger-allgemeine.de

Peinlich für Polen

Bisher läuft der Krach ja noch vergleichsweise zivilisiert ab. Die Brüsseler Kommission mahnt, erinert, rät und weist hin. Die Warschauer Regierung hört zu, registriert, greift auf, weist zurück. Feinsinnige Diplomatie eben, auch wenn es um Handfestes geht: einen Verstoß gegen die rechtsstaatlichen Grundsätze europäischer Demokratien. Das Verfahren der EU-Kommission soll Schärfe signalisieren, ist aber kaum mehr als ein Papiertiger.

Dass Polen mit dem Entzug der Stimmrechte bestraft werden könnte, bleibt eine leere Drohung. Neben Ungarn wird wohl auch Rumänien die nationalkonservativen Freunde in Polen unterstüt-

unmittelbar nach dem Beschluss der EU-Behörde erklangen wieder zumindest unfreundliche Töne aus Warschau. Polens Justizminister Zbigniew Ziobro mahnte, dass „ein Kompromiss immer zwei Seiten braucht“. Im Übrigen bestätigte die Kommission mit ihrem Vorgehen die Kritik an ihr, weil sie sich getrieben „durch einflussreiche Vertreter der politischen Opposition in einem inneren Streit engagiert und in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates eingreift, die Oppo-

zen. Die Brüsseler Drohkulisse brähe in sich zusammen.

Doch auch wenn der obersten EU-Behörde exekutive Befugnisse fehlen, so bleibt doch ihr moralisches Gewicht. Die öffentliche Brandmarkung einer Staatsführung als „rechtsstaatlich zweifelhaft“ ist zumindest höchst peinlich. Das wird Warschau nicht nur ein bisschen Ansehen, sondern vor allem politisches Gewicht kosten – und nicht zuletzt dringend benötigte Investitionen verunsichern. Im Übrigen ist das Freund-Feind-Denken der polnischen Spitze völlig überzogen. Der Versuch, das Verfahren gegen Warschau als Erpressung in der Flüchtlingsfrage darzustellen, hat Züge von Lächerlichkeit.

sition unterstützt und gegen eine Regierung auftritt, die für die Kommission unbequem ist“. Außerdem wolle man das Land ja ohnehin nur zwingen, „zehntausende Flüchtlinge und Migranten aufzunehmen“.

Das politische Freund-Feind-Denken in Warschau wird also auf Brüssel übertragen, schließlich sitzt dort mit Ratspräsident Donald Tusk ein Pole an führender Stelle, der lange Jahre Ministerpräsident für die heutige Opposition war. In Warschau wiederum trifft die Kommission auf eine amtierende Regierungschefin, die mit dem Problem leben muss, dass der Chef der Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, der eigentlich starke Mann ist. Dieser polemisiert bei öffentlichen Auftritten gegen die EU, verweigert sich aber offiziellen Kontakten.

Sollte der Streit nicht beigelegt werden, könnte der Zeitpunkt kommen, an dem die Kommission zur schärfsten Waffe dieses vor zwei Jahren neu geschaffenen Verfahrens greifen müsste: dem Entzug der Stimmrechte in den europäischen Gremien. Doch die Regierung in Warschau weiß, dass das im Prinzip eine leere Drohung ist. Denn für diesen drastischen Schritt bräuchte die Kommission die Unterstützung aller übrigen 27 Staats- und Regierungschefs. Und zumindest einer wird garantiert nicht mitmachen: Ungarns Premier Viktor Orbán. Damit ist das „Waffenarsenal“ der Kommission genau genommen wirkungslos.

Funktioniert die Mietpreisbremse in der Region?

Wohnen Für Mietervereine ist das Gesetz nicht mehr als ein „zahnloser Tiger“

VON NIKLAS MOLTER

Augsburg Für Thomas Weiland ist das Gesetz ein „fauler Kompromiss“. Der Vorsitzende des Mietervereins Augsburg nennt es einen „zahnlosen Tiger“. Weiland spricht von der Mietpreisbremse. Seit einem Jahr gilt sie in Berlin, seit August 2015 in Bayern, zudem in neun weiteren Bundesländern. Das Gesetz soll Mieter vor allzu stark steigenden Mieten schützen. Konkret: Es soll verhindern, dass Mieten bei neuen Verträgen mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Diese gibt üblicherweise der örtliche Mietspiegel an – und genau da liegt das Problem: Denn viele der 137 bayerischen Städte und Gemeinden, in denen die Mietpreisbremse nach Auskunft des Bayerischen Justizministeriums gilt, verfügen über keinen Mietspiegel.

Auch in Augsburg gibt es keinen – bislang: Am heutigen Donnerstag will der Stadtrat endgültig über das Thema entscheiden. Eine Mehrheit für einen Mietspiegel gilt als wahrscheinlich. Thomas Weiland vom Mieterverein hofft, dass die Mehrheit zustande kommt: Er hält einen Mietspiegel für „überfällig“. Wie sonst, fragt er, solle ein Mieter überprüfen, ob seine Miete mehr als zehn Prozent über der örtlichen Vergleichsmiete liege. Hierfür muss sich ein Mieter bislang auf Erfahrungswerte, etwa vom Mieterverein oder vom Eigentümerverband Haus und Grund, verlassen. „Es ist quasi ein Schachern“, sagt Weiland. „Es gibt keinen punktgenauen Wert.“

Abgesehen vom (noch) fehlenden Mietspiegel sieht Weiland ein weiteres Problem bei der derzeit geltenden Mietpreisbremse: „Wenn es wenige günstige Wohnungen gibt, nehmen viele Mieter ihre Rechte gar nicht wahr“, sagt er. Soll heißen: Wer nach langer Suche endlich auf dem Wohnungsmarkt fündig geworden ist, wird seinen Vermieter kaum direkt mit einer möglicherweise zu hohen Miete konfrontieren. „Will man so ein Mietverhältnis beginnen?“, fragt Weiland. Es ist eine rhetorische Frage.

Maximilian Klug sieht bei der Mietpreisbremse noch ein anderes Problem. Klug ist Fachanwalt für Mietrecht und Vorstandsmitglied

„Wenn es wenige günstige Wohnungen gibt, nehmen viele Mieter ihre Rechte gar nicht wahr.“

Thomas Weiland, Mieterverein Augsburg

des Mietervereins Kempten und Umgebung. Er sagt: Wer keine Rechtsschutzversicherung hat, für den lohnt es sich meist nicht, gegen eine vermeintlich zu hohe Miete vorzugehen. Denn muss ein Fall vor Gericht verhandelt werden, fielen Anwaltskosten sowie Kosten für die Erstellung eines entsprechenden Gutachtens an. Ein solches könne schnell rund 3000 Euro kosten, sagt Klug. Fraglich sei daher, ob es sich lohne, das Risiko einzugehen, auf den Kosten sitzen zu bleiben, wenn die Miete beispielsweise 50 Euro zu hoch sei. Beim Mieterverein in Kempten sei die Mietpreisbremse

nicht zuletzt deswegen kein Thema. „Sie spielt in der Praxis überhaupt keine Rolle“, sagt Klug. In Kempten gibt es ebenfalls keinen Mietspiegel.

Auch in Ingolstadt fehlt ein Mietspiegel. Dort sind die Mieten nach Berechnungen des Immobilienverbands Deutschland zwischen 2010 und 2015 besonders stark angestiegen: um 37,3 Prozent. Doch auch in Ingolstadt funktioniert die Mietpreisbremse nicht, glaubt man dem örtlichen Mieterverein. Nach Einschätzung von Gerhard Wagner lässt das Gesetz zu viele Ausnahmen zu. Der stellvertretende Vorsitzende des Mietervereins sagt, die Stadt Ingolstadt wolle zudem keinen

„Die Mietpreisbremse spielt in der Praxis überhaupt keine Rolle.“

Maximilian Klug, Mieterverein Kempten

Mietspiegel erstellen, obwohl sie als Heimat von Unternehmen wie Audi das nötige Geld dazu hätte. Eine Stadt, in der es dagegen einen Mietspiegel gibt, ist München. „Trotzdem funktioniert die Mietpreisbremse nicht gut“, sagt Anja Franz, Sprecherin des Münchner Mietervereins. Viele Mieter wollten nicht ihr Verhältnis zum Vermieter ruinieren und ihre Wohnung verlieren, betont auch sie. Und es gebe Vermieter, die eben dies wissen, wenn sie ihre Miete festlegen.

Setzen also Vermieter die Miete bewusst oberhalb der zulässigen Summe an, im Wissen, dass ihnen kaum etwas passieren kann? Gabriele Seidenspinner kann sich das zumindest für Augsburg nicht vorstellen. Seidenspinner ist Geschäftsführerin von Haus und Grund Augsburg. Augsburg brauche keine Mietpreisbremse, sagt sie. Denn es fehle nicht an Kontrolle: „Die Mieten gehen bei uns nicht durch die Decke.“ Das Problem, dass es an günstigem Wohnraum fehlt, lasse sich ihrer Ansicht nach nur auf einem Weg lösen: durch den Bau neuer Wohnungen. Denn wenn es nicht genug Wohnungen gebe, würden immer diejenigen eine Wohnung bekommen, die am meisten dafür zahlen könnten.

Ist die Mietpreisbremse also gescheitert? Der zuständige Justizminister Heiko Maas (SPD) wehrt sich in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* gegen diese Schlussfolgerung. Er sagt, es sei zu früh, ein Gesetz nach einem Jahr für gescheitert zu erklären. Stattdessen bringt Maas mögliche Änderungen ins Gespräch, sollte sich tatsächlich ein großer Teil der Vermieter nicht an die Mietpreisbremse halten: Ange-dacht sind eine Pflicht des Vermieters, die Vormiete automatisch offenzulegen, und ein Anspruch des Mieters, zu viel gezahlte Miete rückwirkend zurückzubekommen.

Es sind Änderungen, die bei den Mietervereinen gut ankämen. „Wenn die Regierung in den Mietmarkt eingreift, muss sie auch dafür sorgen, dass die Regelungen praxisnah sind“, sagt der Augsburger Weiland. „Entweder ja oder nein. Aber man muss Farbe bekennen zu seinen politischen Entschlüssen.“



Mietervereine beobachten: Wer den Zuschlag für eine Wohnung erhält, ist oft so froh darüber, dass er nicht über den Preis diskutiert. Foto: Ralf Hirschberger, dpa

Söder will Steuerreform ohne Tabus

Bayerns Finanzminister legt Konzept vor. Kommen Entlastungen für die Bürger?

VON JÖRG SIGMUND

Augsburg/München Bayerns Finanzminister Markus Söder will bis Juli ein Konzept für eine umfassende Steuerreform „ohne Tabus“ vorlegen und damit die Steuerzahler entlasten. Nach Jahren des Stillstands brauche Deutschland eine neue Gerechtigkeit in der Steuerpolitik, sagte Söder. Der CSU-Politiker will für seine Pläne auch die CDU gewinnen, um mit einem „gemeinsamen Steuerpaket“ in den Bundestagswahlkampf 2017 zu ziehen.

Das Finanzministerium in München arbeitet derzeit an einem Steuerkonzept mit vier Schwerpunkten: Der Solidaritätszuschlag soll wegfallen, die sogenannte kalte Progression abgeschafft werden. Zudem will Söder niedrige und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer

„fair entlasten“ und die Abgeltungssteuer reformieren. Wie hoch die Entlastung am Ende ausfallen werde, hänge vom finanziellen Spielraum ab, sagte der Minister. Söder

glaubt, dass mehr als die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor kurzem angekündigten zwölf Milliarden Euro zur Verfügung stehen könnten.

Der Bund rechnet im Jahr 2020 mit Steuereinnahmen mit einem Rekordvolumen von mehr als 808 Milliarden Euro und damit um 42 Milliarden mehr als erwartet. Zu möglichen Steuersenkungen äußerte sich Schäuble bisher jedoch nicht konkret. Auch Söder ließ offen, ob er eine Reform mit dem CDU-Finanzminister für durchsetzbar halte. Schäuble sei ein „harter Sparringspartner“, sagte der 49-Jährige.

Schwabens CSU-Chef Markus Ferber unterstützt die Pläne Söders. „Vor allem bei Menschen, die brav zur Arbeit gehen und ihre Steuern zahlen, wachsen die Abstiegssorgen und die Sorgen, dass das Geld im Alter nicht mehr reicht.“ Die Union müsse mit ihrer Politik wieder die Mitte der Gesellschaft erreichen und diesen Menschen eine Perspektive geben. (mit dpa)



Bayerns Finanzminister Markus Söder: Kann er eine Reform mit dem CDU-Finanzminister Wolfgang Schäuble durchsetzen? Foto: dpa